



Aktion für eine unabhängige
und neutrale Schweiz
Action pour une Suisse
indépendante et neutre
Azione per una Svizzera
neutrale e indipendente

22. Geschäftsbericht

2007

Geschäftsstelle: AUNS
Postfach 669
CH-3000 Bern 31
Tel.: 031 356 27 27
Fax: 031 356 27 28
Internet: www.auns.ch
E-Mail: auns@auns.ch
PC-Konto: 30-10011-5

Inhaltsverzeichnis

Mitglieder des Vorstandes und der Geschäftsstelle	3
1 Das Umfeld im Jahre 2007	4
1.1 Die Europäische Union	5
«Reformvertrag»: Schwindel oder schweizerisch?	5
Moloch EU-Bürokratie	7
Korruption und Betrug nehmen zu	7
EU und direkte Demokratie zutiefst wesensfremd	8
1.2 In der Schweiz	8
EU-Botschafter in der Schweiz	10
EU-Angriff auf Steuerhoheit geht weiter	10
Der neutralitätswidrige Aktivismus feiert Urständ	11
Die Schweiz verliert an Einfluss in der UNO	11
2 Die AUNS	12
2.1 Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr	12
2.2 Mitgliederversammlung	12
EU: Fehlkonstruktion oder Friedenswerk?	13
AUNS lanciert erstmals eine Volksinitiative	14
Kampf den EU-Steuervögten	15
Erfolgreiche Pressekonferenz zum «Schwarzbuch Neutralität»	15
Milizarmee und bewaffnete Neutralität	16
Parlamentswahlen: Unabhängigkeit und Neutralität gestärkt!	17
15 Jahre EWR-Nein	17
Risiko Schengen und Personenfreizügigkeit	18
Graue Briefe/AUNS-Klartext und Internet	18
Communiqués	19
Suisse romande	19
2.3 Jahresrechnung und Bilanz	20
2.4 Vorstand	21
2.5 Geschäftsstelle	21
2.5 Stützpunkte in den Kantonen	21
2.6 Broschüren, Berichte	22
3 Schlusswort	22

Vorstand – Comité directeur – Comitato direttivo (Stand: 31.12.2007)

Präsident/Président/Presidente

Schwander Pirmin, Dr. oec. publ., Unternehmer, Nationalrat, 8853 Lachen/SZ

Vizepräsidenten/Vice-Présidents/Vicepresidenti

Cipolla Jean-Dominique, Notar, 1920 Martigny/VS

Stamm Luzi, Rechtsanwalt, Nationalrat, 5405 Baden/AG

Syz Rudolf, Unternehmer, 4422 Arisdorf/BL

Mitglieder/Membres/Membri

Bischoff Hans, Architekt FSAI/SIA, 3095 Spiegel/BE

Etter Hans, Kaufmann, a. Grossrat, 3052 Zollikofen/BE

Freysinger Oskar, Gymnasiallehrer, lic. phil. I, Nationalrat, 1965 Savièse/VS

Fuchs Thomas, Betriebswirtschafter, Grossrat, 3018 Bern-Bümpliz

Geninasca Charles, Ökonom, 1276 Gingins/VD

Grangier Kevin, Student, 1845 Noville/VD

Graf Hans-Ulrich, Dr. iur., a. Nationalrat, 8180 Bülach/ZH

Montù Gianlucca, Physiker, 6900 Massagno/TI

Mörgeli Christoph, Prof. Dr., Historiker, Nationalrat, 8713 Uerikon/ZH

Perrin Yvan, Inspecteur de police, Nationalrat, 2117 La Côte-aux-Fées/NE

Reimann Lukas, Jus-Student, Nationalrat, 9500 Wil/SG

Scheidegger René, ehem. Direktor, 1470 Estavayer-le-Lac/FR

Schmid Christian, Generalagent, 3283 Niederried b. Kallnach/BE

Stähli Benjamin, Designer, 3012 Bern

Surber-Devoto Conrado A., dipl. Ing. ETH, lic. oec. publ., Lima/Peru

Revisor/Vérificateur/Verificatore

Fischer Theo, Notar, a. Nationalrat, 5607 Hägglingen/AG

Geschäftsstelle/Secrétariat central/Segretariato centrale

Thunstrasse 113, Postfach 669, CH-3000 Bern 31

Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28; E-Mail: auns@auns.ch;

PC-Konto: 30-10011-5; Internet: www.auns.ch

Geschäftsführer: Hans Fehr, Nationalrat, Eglisau / ZH

Geschäftsführer Stv.: Werner Gartenmann, Matten b.l./BE

Sekretariat: Katharina Fischer, Bern

Adresse pour la Suisse romande

ASIN, Coordination Romande

Charles Geninasca

Case postale 41, 1276 Gingins

Internet: www.asin.ch

Indirizzo per la Svizzera italiana

ASNI, Gianlucca Montù

Via Lisano 4, 6900 Massagno

Internet: www.asni.ch

1 Das Umfeld im Jahre 2007

Die Welt war im Berichtsjahr 2007 wiederum geprägt von Labilität und Unsicherheit. Wie immer ging es letztlich um nationale Interessenpolitik, um Machtansprüche, um Machtverteilung und Einflussnahme. Es ging um Öl, Wasser, Ressourcen und Lebensräume – und es wird auch in Zukunft darum gehen. An verschiedenen Konflikttherden haben sich Machtmissbrauch, ethnische Konflikte, Korruption, Armut, Fundamentalismus und Terrorismus zu einem explosiven Gemisch verbunden, so beispielsweise im Iran, in Pakistan, in Afghanistan, Somalia oder Burma.

Die UNO zeigte sich im Berichtsjahr weitgehend unfähig, an den verschiedenen Konflikttherden wirksam einzugreifen. Ausgerechnet die UNO-Mission in Darfur, welche die grösste Friedensmission in der Geschichte der UNO hätte sein sollen, sowie «die energische Antwort der Weltgemeinschaft» auf die anhaltende Gewalt in der westsudanesischen Bürgerkriegsregion Darfur, muss am Ende des Berichtsjahres als gescheitert beurteilt werden. Die häufige Ohnmacht der UNO hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Mitglieder des Sicherheitsrates mehr denn je ihre eigenen Interessen verfolgen; zudem versinkt die UNO zunehmend in der eigenen Bürokratie.

Auch die als «erfolgreichstes Friedensprojekt seit 1945» hochgejubelte **Europäische Union** war im Berichtsjahr wenig erfolgreich beim Versuch, Gefahrenherde (Beispiel iranisches Atomprogramm, Kosovo) zu entschärfen. Sie hat in Anbetracht völlig unklarer Zukunftsperspektiven mit sich selbst mehr als genug zu tun. Im Berichtsjahr hat die EU die schwere Krise um die gescheiterte Verfassung vorläufig und notdürftig übertüncht, indem sie das durchgefallene Vertragswerk einfach mit der Wortschöpfung «Verfassungsvertrag» als Verbesserung anpreist.

Auf der Suche nach «Erfolg» haben sich im Berichtsjahr sowohl die UNO als auch die EU auf die Klimafrage, die zur «Klimakatastrophe» hochstilisiert wurde, geworfen. An mit riesigem Aufwand inszenierten Konferenzen (Heiligendamm, Bali) wurden grosspurige Ziele formuliert und Absichtserklärungen verabschiedet. Kommentatoren und Politiker wurden nicht müde, an das «globale Verantwortungsbewusstsein» zu appellieren – und dabei wird es wohl auch bleiben. Denn es gilt die alte Erkenntnis: Wo alle für alles verantwortlich sind, ist niemand für etwas verantwortlich. Und trotz aller Beschwörungen von «weltweiter Vernetzung, Kooperation und internationaler Solidarität» werden es letztlich die (von den Internationalisten verachteten) Nationalstaaten sein, die Verbesserungen herbeiführen.

Trotz einem insgesamt eher düsteren Horizont zeichneten sich im Berichtsjahr aber auch einige **Hoffnungsschimmer** ab. Die alliierten Truppen unter Führung der USA scheinen am Ende des Berichtsjahres im Irak dank einer verbesserten Taktik unter Einbezug regionaler Stammesfürsten gewisse Erfolge zu haben. Die zahllosen blutigen Anschläge und Terrorakte sind deutlich zurückgegangen. In verschiedenen Landesgegenden ist eine gewisse Normalität eingekehrt.

Als stabilisierend im regionalen und gar im globalen Bereich dürfte sich auch die Tatsache auswirken, dass **Russland** unter Präsident Putin politisch und wirtschaftlich erstarkt ist und an Selbstvertrauen gewonnen hat. «Russland ist wieder da – mächtig,

national, orthodox» (Peter Scholl-Latour). Es hat sich zwar noch nicht als Weltmacht, aber als Grossmacht installiert.

Diese Tatsache dürfte sich auch stabilisierend auf den asiatisch-pazifischen Raum auswirken, wo vor allem China und Indien ein fast atemberaubendes Wirtschaftswachstum aufweisen. Auch innenpolitisch ist das russische Wiedererstarken von Bedeutung, indem ein Gegengewicht zum revolutionären Islamismus geschaffen wurde, der Russland vom Kaukasus bis nach Tatarstan durchzieht.

Positiv zu werten ist zudem die Tatsache, dass das Berichtsjahr vor allem im europäischen Raum als **«Herbst des Sozialismus»** bezeichnet werden kann. So sind die Sozialisten in Frankreich (Juni 2007) kläglich gescheitert, ebenso erging es ihnen in Belgien (Juni 2007), in Finnland (März 2007), in Griechenland (September 2007), ferner in den Niederlanden (November 2006) und bereits 2005 in Deutschland. Im Dezember 2007 ist zudem der Versuch des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez, den Sozialismus in der Verfassung zu verankern, durch das Verdikt des Volkes gestoppt worden. Zahlreiche Nationen haben sich somit im Berichtsjahr – vorausgesetzt, dass sie die Möglichkeit dazu hatten – gegen den Sozialismus und für mehr Freiheit entschieden!

Insgesamt kam es im Berichtsjahr entgegen allen Beschwörungen der «Koope-ration», des «Kollektiven» und der «globalen Verantwortung» zu einer Wiederbesinnung von Völkern und Staaten auf das Nationale, auf die **nationale Identität**, auf nationale Werte. Dieser Trend, der auch in der Schweiz, vor allem auch bei der jungen Generation, festzustellen ist, wird künftig noch an Boden gewinnen.

1.1 Die Europäische Union

«Reformvertrag»: Schwindel oder schweizerisch?

Als – wenn auch zweifelhafter – Höhepunkt der EU im Berichtsjahr kann wohl die Unterzeichnung des so genannten «Reformvertrages» am 13. Dezember 2007 durch die Repräsentanten der 27 Mitgliedsländer in Lissabon bezeichnet werden. Der Reformvertrag war eine eigentliche Zangengeburt. Einige Kommentatoren räumen zwar ein, es sei «unschön» und undemokratisch, dass der Vertrag hinter verschlossenen Türen, in undurchsichtigen Kommissionen und nächtelangen Sitzungen, ausgehandelt worden sei und dass er nun unter Ausschaltung des Volkes im Schnellzugtempo durch die nationalen Parlamente gepeitscht werden soll. Als «bedeutenden demokratischen Fortschritt» loben sie jedoch die Tatsache, dass in den «Bestimmungen über die demokratischen Grundsätze» den EU-Bürgern das Recht einer Volksinitiative, wie man sie in der Schweiz kenne, eingeräumt werde und die Europäische Union damit quasi **«schweizerisch»** werde. Diese Feststellung trifft aber keineswegs zu, weil die EU-Initiative nur eine **Empfehlung** an die EU-Kommission abgeben kann, zu einem bestimmten Thema einen Rechtsakt auszuarbeiten.

Nach Auffassung der zahlreichen Kritiker handelt es sich beim «Reformvertrag» vielmehr um einen **Schwindel**, um eine perfide Mogelpackung, mit der eine abgehobene politische Pseudo-Elite den Bürgern weismachen will, sie habe nach der

Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und in den Niederlanden die «Reflexionsphase» zur Ausarbeitung eines vollkommen neuen Vertragswerkes genutzt. Denn bei genauer Betrachtung zeige es sich, dass der «Reformvertrag» weitgehend der alten EU-Verfassung entspreche. Der Zentralisierungswahn gehe unvermindert weiter.

- In der Tat ist die Verlagerung von Kompetenzen an die Brüsseler Zentrale der wichtigste Eckpfeiler des Reformvertrages.
- Das Einstimmigkeitsprinzip wird in den politisch bedeutsamen Bereichen Justiz und Inneres durch das Mehrheitsprinzip ersetzt. Die Aushöhlung dieser nationalen Kernbereiche wird mit der Bekämpfung des Terrorismus begründet. Konsequenz: Der Einfluss der kleinen Mitgliedstaaten wird damit massiv vermindert.
- Wenn ab 2014 die Zahl der Kommissare von 27 auf 15 vermindert wird, wird die Entmachtung der Kleinen zusätzlich verstärkt.
- Um den Eindruck zu verwischen, dass sich die EU mit dem Reformvertrag definitiv zu einem zentralistischen Konstrukt entwickelt, wurde die eigene Flagge und Hymne aus dem Vertragstext gestrichen und an die Stelle eines Aussenministers tritt der «Hohe Repräsentant der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik».
- Der Hohe Repräsentant, der auch den Vorsitz im Ministerrat führt und als Vizepräsident der Kommission amtiert, soll die gemeinsame Aussenpolitik intensivieren.
- Die Grundrechts-Charta ist zwar nicht Bestandteil des neuen EU-Vertrags, wurde aber über den Umweg eines Querverweises für rechtsverbindlich erklärt. Damit werden neben den klassischen Grundrechten auch «soziale Rechte» – wie jenes auf «gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen» verankert. Unterstrichen wird auch das so genannte «Diskriminierungsverbot», das eine rechtsstaatlich bedenkliche Beweislastumkehr zugunsten potentiell Benachteiligter vorsieht.
- Weil gegen die angebliche Verletzung von Grundrechten beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) geklagt werden kann, wird die EU ihre Kompetenzen auf diesem Weg immer mehr ausweiten – «insbesondere in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik», warnt der frühere deutsche Bundespräsident Roman Herzog.

Fazit: Der Reformvertrag entspricht zu 95 Prozent der abgelehnten EU-Verfassung, der lediglich einige kosmetische Korrekturen verpasst wurden. Für die direkt-demokratische, souveräne Schweiz kann diese Entwicklung definitiv keine Perspektive sein.

«Während einst im deutschen Grundgesetz unsere Grundrechte unantastbar waren (...) unterliegen sie nun jedwedem Euro-Gebot, ganz simpel durch das institutionelle Schlupfloch, aus dem Regeln des Völkerrechts allen Bundes- und Landesgesetzen «vorgehen». (Der Reformvertrag ist) insgesamt ein Albtraum demokratischer Selbstverleugnung. Die Staatsgewalt der Funktionäre geht (...) nicht mehr «vom Volke aus». Art. 20 des deutschen Grundgesetzes ist «Makulatur». Franz Ludwig Graf Stauffenberg, ehem. Mitglied des Bundestages und des Europäischen Parlaments (Sohn des Hitler-Attentäters)

Bis im Juni 2009 müssen alle 27 EU-Staaten den Reformvertrag ratifizieren, denn bis zu den Europawahlen 2009 soll die neue Rechtsgrundlage in allen Staaten gelten. Einziges Ziel der neuen «Verpackung» ist es, die Zahl der Volksbefragungen beim

zweiten Anlauf möglichst gering zu halten. Unausweichlich ist das Referendum über den Vertragstext nur in Irland, das gemäss Verfassung dazu verpflichtet ist. Aus taktischen Gründen werben die Regierungschefs je nach Stimmungslage in ihrem Land mit völlig gegensätzlichen Argumenten: 90 % der ursprünglichen Verfassung seien gerettet worden, wird man den Leuten in den EU-freundlichen Ländern Irland und Spanien vorgaukeln. Das genaue Gegenteil – der neue Vertrag sei «fundamental anders» – werden die kritischen Franzosen, Engländer und Holländer zu hören bekommen. So wird, verpackt in rosarote Watte, die **Entmachtung des Souveräns** vorangetrieben.

Moloch EU-Bürokratie

Das deutsche Unternehmerinstitut der «Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer» unter der Leitung von Professor Gerd Habermann hat im Frühjahr des Berichtsjahres eine exzellente 66-seitige Studie zur EU-Bürokratie vorgelegt. Der Titel der Studie lautet: Für ein Europa des Wettbewerbs und der Vielfalt (herunterladen unter www.asu.de oder bestellen bei ASU, Postfach 191555, 14005 Berlin). Darin lässt sich im Einzelnen nachlesen, wie die Europäische Union bürokratisiert, zentralisiert und entdemokratisiert wurde:

- Etwa 130 000 Rechtsakte gehören inzwischen zum «gemeinschaftlichen Besitzstand», an dem nicht zu rütteln ist. Bezeichnend ist, dass niemand die genaue Zahl kennt.
- Das täglich erscheinende Amtsblatt umfasst derzeit pro Jahr mehr als 800 000 Seiten.
- Die Verschwendungswirtschaft ist enorm: Seit über 10 Jahren hat der Europäische Rechnungshof (ERH) dem EU-Budget seine Zustimmung stets verweigert.

«Die verschwenderischsten Bürokratieauswüchse bekam die FDP-Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin zu spüren. Die EU-Parlamentsverwaltung schickte ihr neue Büromöbel, obwohl sie keine bestellt hatte. Eine Nachfrage ergab: Jeder, der nicht widerspricht, bekommt neue Schreibtische und Regale.»
[Quelle: Mainhard Graf Nayhauss, «Bild», 30.11.2007]

Korruption und Betrug nehmen zu

Betrug und Unregelmässigkeiten in der EU haben im neuesten von der Statistik erfassten Jahr (2006) um mehr als 12 % zugenommen. Insgesamt belief sich der durch Betrug verursachte Schaden, der von der Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF (Office Européen de Lutte Anti-Fraude) aufgedeckt wurde, auf 1,15 Milliarden Euro. Dabei geht der Trend eindeutig zu grösseren Betrugsfällen. So sank die Anzahl der Fälle im Bereich der Strukturfonds zwar um 10 % auf 3216, das Volumen stieg aber um 17 % auf 703 Millionen Euro.

Auch die Betrugsfälle bei Steuern und Zöllen, die der EU direkt zugute kommen, haben zugenommen. Die Zahl der Fälle sank zwar um 12 % auf 5243, der Schadenswert stieg aber um 7 % auf 353 Millionen Euro an. (IAP-Dienst, Nr. 08/August 2007).

Ein britischer Parlamentarier kommt zum Schluss: «Wäre die EU eine Firma, sässen alle EU-Kommissare längst im Gefängnis.» [Quelle: Der Spiegel, 28.8.2007]

EU und direkte Demokratie zutiefst wesensfremd

Die Schweiz und die EU haben völlig unterschiedliche Ziele. Die Eidgenossenschaft entstand in der Absicht, die eigene Identität nach aussen, gegen Grossmächte und grosse Reiche, zu verteidigen. Ganz anders in der EU: Ziel der EU ist es, durch Harmonisierung und Gleichheit eine Grossmacht mit einer eigenen «europäischen» Identität zu schaffen.

Die EU bleibt unserem direkt demokratischen, neutralen Kleinstaat gegenüber zutiefst wesensfremd. Zentrale Werte wie Freiheit, Unabhängigkeit, Volkssouveränität, Selbstverantwortung, Föderalismus und Bürgernähe werden untergraben. Die Behauptung, dass die EU immer demokratischer, föderalistischer und bürgernäher werde, ist – siehe insbesondere den «Reformvertrag» – eine Illusion.

Nur wenn wir selbständig bleiben, können wir weiterhin Gesetze erlassen, wie sie uns passen. Dabei ist eine Gefahr im Auge zu behalten: Die Juristen und Politiker, die eine Gleichschaltung und eine Grosskonstruktion Europa vom Atlantik bis zum Ural im Auge haben, wollen uns weismachen, es gäbe ein übergeordnetes Recht (europäisches Recht, Völkerrecht). Damit wird unsere direkte Demokratie ausgehebelt. Beispiele im Berichtsjahr waren die «Verwahrungsinitiative» und zunehmend die Rechtsprechung unseres eigenen Bundesgerichts (u.a. betreffend Einbürgerung).

1.2 In der Schweiz

Gegen Ende des Berichtsjahres, am 12. Dezember 2007, ist das für viele Bürgerinnen und Bürger Unerwartete, Unfassbare und zugleich Empörende geschehen: Christoph Blocher, langjähriger AUNS-Präsident, wurde trotz (oder eben gerade wegen) seiner hervorragenden Leistungen als Bundesrat abgewählt. Dass er im Dezember 2003 in die Landesregierung gewählt wurde, war allerdings fast ein Wunder und vor allem erklärbar mit der perversen «Hoffnung» seiner Gegner: Sie wollten Blocher als führungsstarke, unbequeme Persönlichkeit, welche die Missstände stets beim Namen nennt und kraftvoll und erfolgreich für Verbesserungen zum Wohl des Landes kämpft, in den Bundesrat einbinden und ihn so zum Schweigen bringen. Aber weit gefehlt! Bundesrat Blocher hat seine politische Überzeugung (im Kern das Gedankengut der AUNS) in den Bundesrat hineingetragen – wie es einer echten Konkordanz entspricht, welche die massgeblichen politischen Kräfte an der Regierungsverantwortung beteiligen will. Anstelle von süsslicher, verlogener Harmonie wurde im Bundesrat fortan hart diskutiert und es wurde um bessere Lösungen gerungen – und das mit Erfolg. John Dupraz, bis gegen Ende des Berichtsjahres FDP-Nationalrat aus Genf, hat es auf dem Punkt gebracht: «Wir wollten Blocher ins «Gefängnis» (Bundesrat) stecken und ihn so zum Schweigen bringen. Nach sechs Monaten war er bereits Gefängnisdirektor.»

Die Gegner von Bundesrat Blochers erfolgreicher Politik für die Werte und Besonderheiten unseres Landes – für Freiheit, Unabhängigkeit, Sicherheit und Wohlstand

– mussten einsehen, dass Blocher auch als Bundesrat nicht zum Schweigen zu bringen war. Sie haben deshalb, unterstützt von willfährigen Medien, alles unternommen, um ihn zu diskreditieren und zum Rücktritt zu zwingen. Die «Palette» reichte von lächerlichen Stildiskussionen bis zum Komplott unter Federführung der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission unter Einbezug der Bundesanwaltschaft. Wegen angeblicher Unrechtmässigkeiten sollte Bundesrat Blocher zum Rücktritt gezwungen werden.

Die massiven Vorwürfe und Unterstellungen haben sich jedoch im Nichts aufgelöst und das hinterhältige Dreckspiel – massgeblich von Exponenten der Linken und der CVP inszeniert – wurde enthüllt. Dennoch fand die Koalition der Wahlverlierer eine charakterschwache Gegenkandidatin, die sich aus eigenartigen Motiven heraus für dieses Dreckspiel einspannen liess.

Wir danken Christoph Blocher an dieser Stelle für seine grossartige Arbeit, die er bisher für unser Land geleistet hat und, insbesondere als Stratege der Oppositionspolitik, auch in Zukunft leisten wird.

Es ist nun nach der skandalösen Abwahl von Christoph Blocher aus dem Bundesrat umso mehr die Aufgabe der AUNS, die massgeblich von ihm eingeleitete **Besinnung auf die erfolgreichen schweizerischen Werte** fortzuführen und die schweizerischen Staatssäulen – Unabhängigkeit, direkte Demokratie, Neutralität und Föderalismus – weiter zu stärken. Die Alternative der linken und pseudobürgerlichen Kräfte – nämlich der Rückfall in die gescheiterte, lebensfremde und unverantwortliche Politik der 90er Jahre – wäre verhängnisvoll.

Es ist erfreulich, dass im Berichtsjahr vor allem junge Leute wieder vermehrt die Besonderheiten und Stärken der Schweiz «entdeckt» haben und dankbar und stolz sind, Schweizerin oder Schweizer zu sein. «Man» zeigt wieder geistig und materiell «Schweizer Flagge», schätzt zunehmend die Vorzüge unseres politischen Systems mit den einzigartigen Volksrechten und «bekennt», gerne in der Schweiz zu leben und empfindet unser Land als echte Heimat und echtes Zuhause.

Diese Entwicklung hat massgeblich auch damit zu tun, dass die jungen Leute in ihrem Alltag, in der Schule, in der Lehre, am Arbeitsplatz und in der Freizeit, die negativen Folgen des «68er» Laisser-faire sowie einer falschen Zuwanderungs-, Ausländer-, Asyl- und Einbürgerungspolitik direkt zu spüren bekommen. Sie sind nicht bereit, Missstände im Sozial- und Kriminalitätsbereich zu akzeptieren. Sie wollen eine gute Ausbildung, Freiheit, Sicherheit, Stabilität, Wohlstand und intakte Zukunftsperspektiven, und sind bereit, dafür etwas zu leisten. In Berufs- und Mittelschulen stösst das Gedankengut der AUNS zunehmend auf Sympathie.

Mit der Besinnung auf bewährte schweizerische Werte hat auch die **positive Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Schweiz** zu tun. Unternehmerische Handlungsfreiheit, günstige Steuern, Sicherheit und Stabilität, keine Einbindung in die EU, Zuverlässigkeit, gute Ausbildung und hohe Leistungsbereitschaft sind die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Tatsächlich steht die Schweiz am Ende des Berichtsjahrs auch wirtschaftlich erfolgreich da: Das Wirtschaftswachstum beträgt 2,8 % statt der vorausgesagten 2 %, die Arbeitslosigkeit ist auf 2,7 % gefallen. Und

trotz der globalen Kreditkrise dürfte sich die Konjunktur im Jahre 2008 nur leicht abschwächen.

Guido Egli, CEO Mövenpick, stellt fest: «Wir sind uns oft zu wenig bewusst, welches hohe Ansehen die «Marke Schweiz» im Ausland geniesst. «Swissness» als Qualität, Zuverlässigkeit, Innovation und Weltoffenheit verstanden, bietet international tätigen Schweizer Unternehmen Chancen, die heute noch vielerorts brachliegen.» [Quelle: SonntagsZeitung, 30.12.2007].

Dass die Schweiz heute wirtschaftlich gut dasteht, hat in einem entscheidenden Mass damit zu tun, dass wir nicht der EU angehören. An der Pressekonferenz des Wirtschaftsverbandes economiesuisse vom 2.5.2007 hat der neue Präsident, Gerold Bühler, festgestellt: «Ein EU-Beitritt ist für die Wirtschaft nicht von Interesse. Mit einem Beitritt verbundene Effizienzgewinne würden durch die zahlreichen Nachteile (Preisgabe einer eigenständigen Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) mehr als aufgewogen.»

EU-Botschafter in der Schweiz

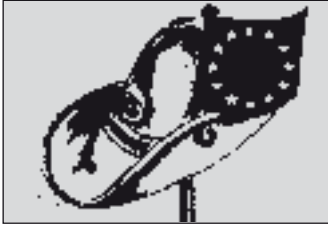
Zu Beginn des Berichtsjahres hat erstmals ein EU-Botschafter in der Schweiz seine Tätigkeit aufgenommen, und zwar in der Person des aus Österreich stammenden Dr. Michael Reiterer. Seine genaue Bezeichnung lautet: Leiter der Delegation der Europäischen Kommission in der Schweiz. Die Vertretung befindet sich an der Bundesgasse 18. Die AUNS hat sich sogleich gegen Dr. Reiterers anfänglich forsche Äusserungen verwahrt, wonach er die «europapolitische Debatte» in der Schweiz «mitgestalten» und den Schweizern «die EU erklären» wolle.

Nach der klaren Absteckung der «Fronten» hat die AUNS einen guten Kontakt zum EU-Botschafter hergestellt mit dem Resultat, dass Dr. Reiterer sogar als Referent an der AUNS-Mitgliederversammlung aufgetreten ist. Zur Eröffnung der EU-Vertretung in Bern haben wir festgehalten, dass wir diese «akzeptieren», weil Brüssel logischerweise nur Vertretungen in Nicht-EU-Ländern unterhält. Die Schweizer Vertretung zementiert somit den Nicht-Beitritt der Schweiz. Die AUNS-Geschäftsstelle hat den guten Kontakt zu Botschafter Reiterer im Berichtsjahr im beiderseitigen Interesse weitergeführt.

EU-Angriff auf Steuerhoheit geht weiter

Mit der Behauptung, die von den Kantonen praktizierte Steuerreduktion für ausländische Holdinggesellschaften, welche ihren Ertrag nicht in der Schweiz erwirtschaften, verstosse die Schweiz gegen Art. 23 des Freihandelsabkommens von 1972 und das Diskriminierungsverbot, hat die EU-Kommission im Berichtsjahr den «Steuerstreit» gegen die Schweiz verschärft. Der Bundesrat hat anfänglich unmissverständlich auf unserer Souveränität beharrt und erklärt, diese sei «nicht verhandelbar». Im Lauf des Berichtsjahres hat er dann leider «Dialogbereitschaft» bekundet. Und kurz vor dem Treffen mit einer EU-Delegation am 12.11.2007 hat Bundesrat Merz ein «mögliches Einlenken» signalisiert, ergänzt mit der eher treuherzigen Beteuerung, das Einlenken für eine allfällige neue Steuerreform erfolge «autonom» und «nicht aufgrund des Druckes aus Brüssel».

Wir dulden keine EU-Steuervögte!



Wir wollen eine unabhängige Schweiz – auch in Steuerfragen.

Werden auch Sie Mitglied der AUNS!

Ja, ich werde Mitglied Sympathisant Gönner
(Jahresbeiträge: Mitglied Fr. 35.–, Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen)

Name/Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31, Tel. 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, PC 30 - 10011-S



AUNS-Inserat im Frühjahr 2007

Ende Januar 2008 wird ein weiteres Treffen stattfinden. Es steht ausser Zweifel, dass die EU nach mehrmonatigem Stillehalten (aus Rücksicht auf die eidgenössischen Wahlen vom 21.10.2007) ihren Druck auf die Schweiz verstärken wird. Die AUNS wird den Kampf zur Wahrung unserer Steuerhoheit – einem Herzstück schweizerischer Souveränität – mit aller Kraft führen.

Dies ist auch dringend nötig. Bereits am Tag nach der Abstimmung wurde unsere kantonale Steuerhoheit von der EU erneut angegriffen, und es wurden weitere Kohäsionszahlungen von der Schweiz gefordert.

Der neutralitätswidrige Aktivismus feiert Urständ

Der neutralitätswidrige Aktivismus in Bundesbern, der seit dem UNO-Beitritt der Schweiz im Jahre 2002 massiv zugenommen hat, ist im Berichtsjahr förmlich explodiert. Vor allem Bundesrätin Calmy-Rey versuchte sich «auf den Bühnen der Weltpolitik» selbst zu inszenieren, und dies um jeden Preis – zulasten unserer Neutralität und zulasten der Schweizer Steuerzahler.

Die Aussenministerin hat sich im Berichtsjahr wiederum massiv in fremde Konflikte eingemischt. So hat sie «im Namen der Schweiz» erneut die Unabhängigkeit des Kosovo verlangt und damit Serbien, die USA und die EU irritiert. Sie hat sich im weiteren ohne Absprache mit dem Gesamtbundesrat in den hochbrisanten Konflikt um das iranische Atomwaffenprogramm eingemischt und schliesslich wider alle Vernunft die Einsitznahme der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat gefordert.

Die AUNS hat zu diesem Thema ein umfangreiches **Schwarzbuch der schweizerischen Neutralität** verfasst und es an einer Pressekonferenz mit ihren politischen Forderungen präsentiert (s. Seite 15).



*Plakat anlässlich der
AUNS-Pressekonferenz
vom 12.11.2007*

«Die Schweiz verliert an Einfluss in der UNO» (*Gott sei Dank, die Red.*)

Am Ende des Berichtsjahres, am 28.12.2007, hat www.swissinfo.ch eine höchst aufschlussreiche und erstaunlich kritische Bilanz des schwindenden «UNO-Einflusses der Schweiz» gezogen:

1. Postenschacher: Nach den Rücktritten von UNO-Chefanklägerin Carla del Ponte und von Adolf Ogi wird gejammt, es seien jetzt nur noch vier Schweizer Persönlichkeiten auf «ranghohen UNO-Posten» tätig. Im Jahr 2008 werde hingegen an der Spitze der Weltorganisation für geistiges Eigentum in Genf ein Posten frei. Das EDA wolle jedoch nichts davon wissen, denn es sei möglich, dass Bundesrätin Calmy-Rey den Posten der UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte ergattern könne, dazu aber aus dem Bundesrat zurücktreten müsste (*ob die Schweiz diesen Verlust wohl verkraften könnte? die Red.*).

2. «Bescheidene Ernte»: www.swissinfo.ch stellt zudem fest, dass die «Ernte» der Schweiz aufgrund ihrer UNO-Mitgliedschaft sehr «bescheiden» sei. So habe die Schweiz bei internationalen Konferenzen «kaum gepunktet». Und dass Bundesrätin Calmy-Rey als Aussenministerin im Jahr 2007 auch Bundespräsidentin gewesen sei, habe der Schweiz «nicht geholfen». (*Kommentar: ... aber Millionen und Abermillionen Franken gekostet!*). Zudem seien die Verhandlungen zum Kosovo in der Nähe von Wien und nicht in Genf durchgeführt worden.

Kommentar AUNS:

- *Sind wir der UNO für jährlich mehr als 500 Millionen Franken beigetreten, damit gewisse Leute zu hoch bezahlten Posten kommen?*
- *Hat die «bescheidene Ernte» nicht damit zu tun, dass unsere Neutralität durch die dauernden Selbstinszenierungen und Einmischungen durch Bundesrätin Calmy-Rey enormen Schaden genommen hat?*
- *Unser Fazit: Je weniger UNO, desto besser!*

2 Die AUNS

2.1 Die AUNS-Tätigkeit im Berichtsjahr

Die Hauptbotschaft und die Haupttätigkeit der AUNS war auch im Berichtsjahr die folgende: «Mit der Verhinderung des EWR/EU-Beitritts haben wir unseren Kernauftrag erfüllt. Ohne die AUNS hätten wir unsere Unabhängigkeit verloren. **Ohne AUNS wäre die Schweiz heute Mitglied der Europäischen Union.**»

Es ging auch im Berichtsjahr darum – und es wird auch in Zukunft darum gehen – einen (schleichenden) EU-Beitritt zu verhindern und die Unabhängigkeit und Neutralität unseres Landes zu wahren.

22. Mitgliederversammlung: EU-Botschafter Reiterer und Weltwoche-Chefredaktor Köppel im EU-Clinch. Volksinitiative zur Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik beschlossen.

Die von rund 1000 Personen besuchte AUNS-Mitgliederversammlung vom Samstag, 28. April 2007, im Berner «National» beschloss einstimmig die Lancierung einer Volks-

initiative «für die Stärkung der Volksrechte». Um einen schleichenden EU-Beitritt und die fortschreitende Einbindung der Schweiz in andere Grossgebilde zu stoppen und die Souveränität der Schweiz zu wahren, will die Initiative das obligatorische Referendum ausweiten: Staatsverträge und internationale Vereinbarungen in wichtigen Bereichen und oberhalb einer bestimmten Ausgabenlimite sollen künftig zwingend Volk **und** Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden und eine doppelte Mehrheit erreichen müssen.

Die beiden Gastreferenten, EU-Botschafter Dr. Michael Reiterer und Weltwoche-Chefredaktor Roger Köppel, vertraten ihre gegensätzlichen Positionen in Bezug auf die Beziehungen Schweiz-EU, wobei Reiterer in Abrede stellte, in Bern für einen EU-Beitritt «missionieren» zu wollen. AUNS-Präsident Nationalrat Dr. Pirmin Schwander ging mit den EU- und NATO-Anpassern im eigenen Land hart ins Gericht und verlangte von «Brüssel» Respekt vor der schweizerischen Demokratie.

Unter dem Titel «Wahrung der Volksrechte statt aussenpolitisches Geschwätz» verurteilte **Pirmin Schwander** die Aussenpolitik von Bundesrat und Parlament, welche die schweizerische Souveränität und Neutralität zunehmend preisgäben, den Interessen unseres Landes schaden und den Volkswillen missachteten. An die Adresse Brüssels gerichtet, forderte Schwander Respekt vor der schweizerischen Demokratie, vor unserer staatlichen Eigenständigkeit und der Steuerhoheit. «Wir akzeptieren keinerlei Einmischung in innere Angelegenheiten.» Wer an staatlichen Grenzen Staus produziere, wer in die Steuerhoheit anderer Staaten eingreifen wolle und demokratisch zustande gekommene Regierungskoalitionen in Frage stelle, habe die europäische Idee längst verraten. Die europäische Idee brauche kein gigantisches Regelwerk zur Gleichmacherei sondern unterschiedliche Kulturen und Systeme im Sinne der Schweiz.



*Nationalrat Dr. Pirmin Schwander,
Präsident der AUNS (keystone)*

EU: Fehlkonstruktion oder Friedenswerk?

Reiterer beteuerte als «professioneller Europäer» vor dem aufmerksamen AUNS-Publikum, seine Aufgabe als Delegationsleiter der EU-Kommission in der Schweiz sei nicht die Propaganda, sondern lediglich die «Orientierung der Bevölkerung» über die Europäische Union sowie die Förderung einer weit gefächerten Zusammenarbeit. Die Schweiz sei wirtschaftlich mit der EU eng verbunden, und auch politisch teile sie wichtige Werte mit der Union – insbesondere beim Einsatz für Demokratie und Menschenrechte und zur Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts. Zudem sei die Schweiz aufgrund ihrer geografischen Lage im Herzen Europas heute – im Unterschied zu früher – von Nachbarn umgeben, die ihr wohlgesinnt seien. «Doch wer ein Herz sein will, muss Impulse geben, lebenswichtige Impulse – Abseitsstehen ist da nicht das richtige Rezept.» Und (wohl im Sinn einer zusätzlichen zarten Warnung)

fügte Reiterer hinzu: «Innerhalb der Union müssen sich 27 Staaten auf ein Projekt einigen – da ist es dann immer schwierig, für Nicht-Mitglieder Sonderregeln zu vereinbaren.» Immerhin dürfe die EU für sich in Anspruch nehmen, wesentlich zum Frieden und zur Völkerverständigung in Europa beizutragen. Die Schweiz als Hort des Roten Kreuzes sei in besonderem Mass berufen, hier mitzuarbeiten.

Roger Köppel widersprach der Darstellung der EU als «Friedensprojekt». Die europäische Einigung sei auf den Trümmern zweier Weltkriege zustande gekommen, die durch den Sieg der Alliierten beendet worden seien. «Nicht die EU erzeugte den Frieden, sondern die EU wurde zum Resultat eines Friedens, den die Siegermächte sicherten». Zudem sei die EU heute eine «institutionelle Fehlkonstruktion», die auf dem Weg zum «Superstaat» nicht mehr wisse, was sie wolle. Der EU fehle eine klare Vorstellung ihrer Ziele und ihrer Identität. Nach dem Scheitern der Verfassung herrsche Ratlosigkeit. Neuerdings wolle Brüssel das Weltklima retten, nach dem Grundsatz «Wer im kleinen versagt, flüchtet in die Grösse». Die Zukunft der EU könne nur in einer Neuorientierung hin zu einer **Freihandelszone mit schwachem politischem Überbau** liegen.

Aus Schweizer Sicht fallen laut Köppel die schweren Demokratiedefizite der EU besonders ins Gewicht. Die Schweiz tue deshalb gut daran, sich auf dem bilateralen Weg auf Distanz zu halten. Wenn der EU-Botschafter den Eidgenossen vorhalte, man könne nicht immer «abseits stehen», dann verkenne er die rechtsstaatliche Sensibilität der Schweizer gründlich. Der Erfolg der Schweiz gründe auf ihrer Unabhängigkeit, der direkten Demokratie, der Volkssouveränität, der Neutralität und der Selbstverantwortung, der Leistungsbereitschaft und dem Wettbewerb. «Der Steuerwettbewerb ist eine Voraussetzung politischer Freiheit. Er macht Druck auf die Politik, er schafft Vielfalt und Auswahl. Und wer sich billiger und besser organisiert, zieht Erfolgreiche und Talente an.»



Dr. Michael Reiterer, Botschafter der EU in der Schweiz (keystone)



Roger Köppel, Chefredaktor der Weltwoche (keystone)

AUNS lanciert erstmals eine Volksinitiative

Nach der Erläuterung der Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte» durch AUNS-Geschäftsführer Hans Fehr stimmte die Mitgliederversammlung der Lancierung der Initiative einhellig zu. Gegen Ende des Berichtsjahres hat der Vorstand den

definitiven Wortlaut des Initiativtextes verabschiedet. Die Unterschriftensammlung wird im März 2008 mit einer Grossaktion in den grösseren Städten gestartet.

Ziel der Initiative: Ein schleichender EU-Beitritt oder die schrittweise Einbindung in andere internationale Grossgebilde soll mit einer neuen Verfassungsbestimmung (Artikel 140, Absatz 1 Buchstabe d) verhindert werden. Mit der Initiative wäre beispielsweise das Schengen-Abkommen, das die Schweiz zur Übernahme des Folgerechts – insbesondere in den Bereichen Grenzregime, Waffenrecht und Visapolitik – verpflichtet, abgelehnt worden, weil das Ständemehr bekanntlich nicht erreicht wurde.

Der neue Verfassungsartikel hat folgenden Wortlaut:

Artikel 140 Obligatorisches Referendum

Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

Absatz 1 Buchstabe d der Bundesverfassung (neu)

d. die völkerrechtlichen Verträge, die:

1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen;
2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen;
3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen;
4. neue einmalige Ausgaben oder Kosten von mehr als 1 Milliarde Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Millionen Franken nach sich ziehen.

Kampf den EU-Steuervögten

Um die Angriffe aus Brüssel gegen unsere Steuerhoheit (und damit gegen ein Herzstück unserer Souveränität) zu kontern und um den Bundesrat in die Pflicht zu nehmen, hat die AUNS im Februar/März des Berichtsjahres eine Kampagne mit Inseraten und Flugblättern mit der Stossrichtung «Wir dulden keine EU-Steuervögten» geführt (vgl. S. 11).

Diese AUNS-Kampagne ist stark beachtet worden und hat der AUNS viele Sympathien und Neumitglieder gebracht. Das entsprechende Flugblatt, das auf der Rückseite gleichzeitig die AUNS vorgestellt hat, wurde von den kantonalen Stützpunkten zusätzlich bei Standaktionen als wirksames Werbemittel eingesetzt.

Erfolgreiche Pressekonferenz zum «Schwarzbuch Neutralität»

In Anbetracht der geradezu «inflationären» Zahl von Neutralitätsverstössen seit dem UNO-Beitritt im Jahre 2002 hat die Geschäftsstelle im Berichtsjahr ein umfangreiches

«Schwarzbuch der schweizerischen Neutralität nach 5 Jahren UNO-Mitgliedschaft» zusammengestellt und dieses an einer Medienkonferenz am 12. November 2007 unter der Leitung von AUNS-Präsident Dr. Pirmin Schwander präsentiert.

Das mit einer Fülle von Neutralitätsverstössen dokumentierte Schwarzbuch kommt zum Schluss, seit dem UNO-Beitritt sei der Grundsatz «Dabei sein auf der internationalen Bühne ist wichtiger als gewinnen» definitiv zum Leitprinzip der schweizerischen Aussenpolitik geworden. Dies gefährdet unsere Sicherheit und unsere besondere Fähigkeit zur Friedensdiplomatie und zur humanitären Hilfe.

Nach dem Grundsatz «Jeder Staat, der sich aus fremden Konflikten heraushält, macht die Welt ein Stück friedlicher» forderte Nationalrat Christoph Mörgeli, die schweizerische integrale (umfassende) Neutralität müsse durch eine intelligente, zurückhaltende Politik wieder zum unparteiischen, international begehrten, erfolgreichen Instrument für Sicherheit, Friedensdiplomatie und humanitäre Hilfe gemacht werden.

Die Nationalräte Hans Fehr und Ivan Perrin nannten aus der Fülle von schwerwiegenden Neutralitätsverstössen durch die Bundesräte Calmy-Rey und Schmid insbesondere die Forderung «der Schweiz» nach einem unabhängigen Kosovo, die Einmischung in die hochbrisante Frage des iranischen Atomprogramms, den Drang der Aussenministerin nach einem Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat sowie den geradezu pathologischen Drang im VBS zur NATO-Anpassung und zu militärischen Auslandseinsätzen.



Titelseite des AUNS-Schwarzbuches zur Neutralität (abrufbar auf www.auns.ch)

Massnahmen und Forderungen der AUNS: Die AUNS wird künftig jeden Verstoß gegen unsere erfolgreiche Staatsmaxime anprangern und im März 2008 die Volksinitiative zur Stärkung der Volksrechte lancieren. Sie arbeitet an einer weiteren Volksinitiative, welche die «Eiterbeule» der neutralitätswidrigen Auslandseinsätze beseitigen will. Ebenso will die AUNS den Grundsatz «Neutralität statt Soldaten exportieren» durchsetzen, das VBS ausmisten und eine breite Kampagne über die zentrale Bedeutung unserer immerwährenden, bewaffneten Neutralität lancieren.

Das Schwarzbuch wird laufend auf den neuesten Stand gebracht und rege verlangt. Es kann auch auf www.auns.ch heruntergeladen werden.

Milizarmee und bewaffnete Neutralität

Im Berichtsjahr haben die eidg. Räte dem «Entwicklungsschritt 08/11» zugestimmt, der unsere einstige Verteidigungs- und Schutzarmee (gemäss Art. 58 BV) zur virtuellen «Aufwuchs»-Armee degradiert. Ebenso hat das Parlament der Verdoppelung der

«Durchdiener»(vom Ständerat noch etwas aufgeschoben) sowie der Verdoppelung der Ausland-Kapazitäten zugestimmt. Damit wird die fatale Entwicklung zur Profi- und Auslandseinsatzarmee zementiert und die NATO-Anpassung verstärkt. Dies zum Schaden unserer Milizarmee und ihrer Verankerung im Volk.

Ebenso haben sich im Berichtsjahr die Aktivitäten linker und pseudobürgerlicher Kreise verstärkt mit dem Ziel, die Ordonnanzwaffen (angeblich aus «Sicherheitsgründen») ins Zeughaus zu verfrachten und damit die Schweizer Milizsoldaten zu entwaffnen. Zu diesem Zweck wurde auch eine Volksinitiative lanciert. Gemäss Parlamentsbeschluss wird den Armeeangehörigen bereits seit Ende 2007 die Taschenmunition weggenommen (!).

Die AUNS kämpft für eine moderne Milizarmee (mit Soldaten, welche die Waffe samt Munition zuhause haben) und für eine bedrohungsgerechte Verteidigungs- und Schutzarmee **im eigenen Land für das eigene Land, welche den Verfassungsauftrag erfüllen kann**. Damit verirrt Politiker, VBS-Funktionäre (insbesondere der Chef VBS), der Planungsstab der Armee und gleichgesinnte Kreise endlich vom «Auslandseinsatz-Virus» geheilt werden, prüft die AUNS eine Volksinitiative, welche solche neutralitätswidrigen Einsätze verbietet.

Parlamentswahlen: Unabhängigkeit und Neutralität gestärkt

Im Hinblick auf die Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 21. Oktober 2007 hat die AUNS über die Wiederkandidierenden (wie bereits 4 Jahre zuvor) ein Rating erstellt. Dieses zeigte auf, wer bei den AUNS-relevanten Vorlagen im Parlament wie oft im Sinne der AUNS gestimmt hat und zur Wahl empfohlen werden kann. Neukandidierende wurden zur Wahl empfohlen, sofern sie AUNS-Mitglied sind.

Am Abend des 21. Oktober 2007 konnte die AUNS mit Genugtuung feststellen: Unabhängigkeit und Neutralität wurden gestärkt; vor allem jene Parteien und Gruppierungen haben zugelegt, welche die Ziele der AUNS verfolgen. Die «Kerngruppe» der Neugewählten umfasst die folgenden Nationalräte und Nationalrätinnen: Dominique Bättig JU; Yvette Estermann, LU; Sylvia Flückiger-Bäni AG; Andrea Geissbühler BE; Alfred Heer ZH; Thomas Hurter SH; Yves Nidegger GE; Lukas Reimann SG (zugleich AUNS-Vorstandsmitglied!); Natalie Rickli ZH; Christoph von Rotz OW.

15 Jahre EWR-Nein

Gegen Ende des Berichtsjahres, am 6.12.2007, waren 15 Jahre verflossen seit dem für unser Land historischen EWR-Nein. Bei einer Stimmbeteiligung von über 78 % haben damals Volk und Stände den Europäischen Wirtschaftsraum – das «Trainingslager» für den EU-Beitritt – abgelehnt. Es soll auch hier klar gesagt sein: Ohne die AUNS wäre dieser klare und kluge Entscheid nicht möglich gewesen, und wir wären heute in der EU.

Die AUNS hat am 6.12.2007 eine Presse-Mitteilung versandt mit dem Titel: «EWR-Nein verhinderte folgenschweren EU-Beitritt». Darin ist unmissverständlich festgehalten:

1. Nur dank dem EWR-Nein hat die Schweiz ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wahren und einen unwürdigen Kolonialvertrag verhindern können.
2. Die Schweiz hat ihren Wohlstand und ihre Wirtschaftskraft ausserhalb von EWR und EU behauptet.
3. Die Wirtschaft lehnt heute einen EU-Beitritt ab; das EWR-Nein hat diese Einsicht erst ermöglicht.
4. Das EWR-Nein ermöglichte und zementierte den bilateralen Weg.
5. Die apokalyptischen Voraussagen über eine Schweiz ohne EWR haben sich als gigantische Fehlprognose erwiesen.

Risiko Schengen und freier Personenverkehr

Am Ende des Berichtsjahres, am 21.12.2007, wurden innerhalb der EU die Grenzkontrollen gegenüber den neuen EU-Oststaaten aufgehoben; im Lauf des Jahres 2008 dürfte auch der Anschluss der Schweiz an das «grenzenlose Europa» (Schengen) vollzogen werden. Unsere Grenzwächter sind bereits «schengenkonform». Seit dem 1.6.2007 gilt zudem der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und den 15 «alten» EU-Staaten, der ab Mitte 2011 auch auf die 10 neuen Oststaaten und danach auch auf Rumänien und Bulgarien ausgedehnt werden soll.

Fazit: Die AUNS hat auch im Berichtsjahr gewarnt vor den gewaltigen Risiken dieser hochgejubelten Öffnung, denn man mag es drehen und schönreden wie man will: Wir geben unsere Souveränität und Unabhängigkeit in zentralen Bereichen preis und werden deshalb 2008/2009 Massnahmen zur Schadensbegrenzung (Schutzklausel, Kontingente, Referendum) sehr genau prüfen müssen.

Graue Briefe/AUNS Klartext und Internet

Im Berichtsjahr erschienen insgesamt sechs Ausgaben des Grauen Briefes bzw. des neu konzipierten «AUNS Klartextes», nämlich die Nummern 115–120. Im Zuge des erneuerten AUNS-Konzeptes (mehr Eigenständigkeit, mehr Konzentration auf den Kernbereich, Auftritt leserfreundlicher/attraktiver) wurde unsere Informationsbroschüre «Grauer Brief» zum erwähnten »AUNS Klartext« modifiziert. Thematisch im Zentrum standen der EU-(Nicht-) Beitritt, die EU-Steuervögte, Schengen, die Neutralität (Schwarzbuch), die Milizarmee, die Volksrechte. In der Regel umfasst ein «AUNS Klartext», der auch als «Bulletin d'information» französisch und als «Bolletino d'informazione» italienisch erscheint, vier bis acht Seiten. Das AUNS-Bulletin erfüllt die Aufgabe, mit klaren Botschaften, Kurzinformationen, Zahlen und Fakten die AUNS-Mitglieder und weitere Interessierte über die Entwicklung in der schweizerischen Aussenpolitik zu informieren.



«AUNS Klartext» –
das neue Bulletin der AUNS

Die **AUNS-Internetseiten** in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Englisch waren auch 2007 wiederum sehr gut besucht. Das Internet ist nebst einer von der «Zensur» unbehelligten Informationsplattform zunehmend die Kontaktstelle für Beitrittserklärungen und Bestellungen. Im Berichtsjahr wurde die Arbeit für einen neuen Internetauftritt gestartet.

Communiqués

Im Berichtsjahr ist die AUNS mehrfach mit Communiqués an die Öffentlichkeit getreten (alle Communiqués sind auf www.auns.ch abrufbar). Es ging dabei um die folgenden Botschaften/Forderungen:

- Herr Botschafter Reiterer, wir brauchen keinen EU-Propagandisten (15.1.2007)
- Wir dulden keine EU-Steuervögte! (13.2.2007)
- Eröffnung der EU-Vertretung in Bern: Zementierung des Nicht-Beitritts der Schweiz (3.4.2007)
- «Steuerstreit»: Es gibt definitiv nichts zu verhandeln (14.5.2007)
- Personenfreizügigkeit heisst Preisgabe von Souveränität (31.5.2007)
- Anfang vom Ende der Milizarmee und der bewaffneten Neutralität? (11.6.2007)
- AUNS kritisiert den Missbrauch des Rütli (30.7.2007)
- Nach 5 Jahren UNO: Schwarzbuch der AUNS zur Neutralität (7.9.2007)
- Eidg. Wahlen: Schweizerische Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit gestärkt! (21.10.2007)
- AUNS: Kein Einlenken im Steuerstreit! (2.11.2007)
- 15 Jahre EWR-Nein: EWR-Nein verhinderte folgenschweren EU-Beitritt (5.12.2007)

Suisse romande

Die Westschweiz ist ein wichtiger Pfeiler der AUNS-Tätigkeit. Im Berichtsjahr wurden verschiedene Versammlungen und Veranstaltungen (Genf, Waadt, Wallis) durchgeführt und zum Teil die Strukturen erneuert. Der seit Mitte 2006 tätige neue «Kordinator Westschweiz», Charles Geninasca, hat sich zum Ziel gesetzt, die Position der AUNS in der Suisse romande weiter zu festigen und auszubauen. Es gilt namentlich, das Potential neuer Mitglieder in der Westschweiz vermehrt auszuschöpfen und auf die «Ambiance romande» Rücksicht nehmen.

2.2 Jahresrechnung und Bilanz

Jahresrechnung

	Rechnung 2006	Rechnung 2007
Einnahmen		
Beiträge und Spenden	1 668 890.10	1 603 812.80
Zinsen	47 444.10	52 952.60
	1 716 334.20	1 656 765.40
Ausgaben		
Propaganda, Werbung	398 153.35	401 327.60
Mitgliederbriefe, Presse	323 514.53	313 766.80
Sonderaktionen	554 344.90	308 635.95
Abschreibungen	25 066.95	6 677.00
Allgemeines	92 325.85	93 480.95
	1 393 405.58	1 123 888.30
Zusammenstellung		
Total Einnahmen	1 716 334.20	1 656 765.40
Total Ausgaben	1 393 405.58	1 123 888.30
Einnahmenüberschuss	322 928.62	532 877.10

- : Ausgabenüberschuss/+ : Einnahmenüberschuss

Bilanz per 31. Dezember 2007

Kasse	578.95	
Postcheck	200 893.44	
Valiant-Bank Bern	806 238.44	
Wertschriften	688 797.08	
Guthaben VST*	12 020.78	
EDV-Anlage, Mobiliar	11 600.00	
Kreditoren		27 193.35
Sonderfonds		54 961.65
Kapital		1 637 973.69
	1 720 128.69	1 720 128.69

* Verrechnungssteuer

Die Mitgliederversammlung vom 28. April 2007 hat beschlossen, die Jahresbeiträge für 2008 nicht zu erhöhen: Sie bleiben bei 35 Franken (Mitglieder), 50 Franken (Ehepaare) und 100 Franken (Gönner). Die Sympathisanten zahlen wie bisher nach freiem Ermessen.

Im Berichtsjahr fielen die Beiträge und Spenden um 103 812.80 Franken höher aus als budgetiert. Die Einnahmen belaufen sich auf total 1 656 765.40 Franken. Die

Ausgaben von total 1 123 888.30 liegen um 99 011.70 Franken tiefer als budgetiert. Die «AUNS-Kriegskasse» konnte somit um 532 877.10 Franken geöfnet werden.

2.3 Vorstand

Der Vorstand tagte in der Regel während der Sessionen der eidgenössischen Räte in Bern. Im Berichtsjahr kam er insgesamt viermal zusammen. Neben den Tagesgeschäften standen für den Vorstand vor allem die beschlossene Volksinitiative, die Angriffe aus Brüssel, die Armee, die missachtete Neutralität (Schwarzbuch) und die integrationspolitische Lage der Schweiz im Vordergrund.

2.4 Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle hat im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Vorstand intensiv am Konzept/Tätigkeitsprogramm 2007, am Auftritt der AUNS, an Berichten (Schwarzbuch), an politischen Beurteilungen und Vorstössen, an Presseunterlagen, Verlautbarungen, Entscheidungsgrundlagen, ferner im Bereich der Finanzbeschaffung sowie im umfassenden Bereich Administration und in der Mitgliederwerbung gearbeitet.

Es ging in erster Linie darum, die Voraussetzungen zu schaffen für eine noch schlagkräftigere, noch stärkere, noch attraktivere AUNS. Die Zielsetzung wurde im politischen Bereich und im Finanzbereich erreicht.

Neben dem vollamtlichen Geschäftsführer Hans Fehr ist Werner Gartenmann als vollamtlicher Geschäftsführer-Stellvertreter tätig. Neben Fehr und Gartenmann und der Sekretärin Katharina Fischer (zu 60 % angestellt) haben je nach Arbeitsanfall Teilzeitarbeitskräfte die Geschäftsstelle unterstützt.

Kontakte pflegen, Überzeugungsarbeit leisten

Zahlreiche öffentliche Veranstaltungen sowie Podiumsgespräche, Referate an Schulen, Interviews, etc., die vor allem vom Präsidenten, dem Geschäftsführer, dem Stellvertreter und anderen AUNS-Exponenten bestritten wurden, haben dazu beigetragen, die Ziele der AUNS und unsere Arbeit im In- und Ausland noch besser bekannt zu machen. So haben aufgrund von Anfragen auch verschiedene Gespräche und Kontakte mit Politikern, Diplomaten, Unternehmern, Studenten (u.a. aus Deutschland, Österreich, England, China und Taiwan) stattgefunden.

Die AUNS hat heute auch bei jungen Leuten ein wesentlich besseres Image als noch vor einigen Jahren.

2.5 Stützpunkte in den Kantonen

Unsere Stützpunktleiterinnen und Stützpunktleiter aus den Deutschschweizer Kantonen trafen sich viermal in Bern, die Verantwortlichen aus der Westschweiz in Lausanne, Genf, Freiburg und im Wallis.

Die Stützpunkte werden in verschiedenen Kantonen durch frische Kräfte geführt, die einen grossen Einsatz für unsere Sache leisten, Flugblätter verteilen, Plakate aushängen, Standaktionen durchführen, Mitglieder werben, Leserbriefe schreiben und Veranstaltungen organisieren.

Im Berichtsjahr wurde die Leistungsvereinbarung mit klaren Zielvorgaben, die sich bewährt hat, weitergeführt.

Leider waren im Berichtsjahr drei Todesfälle von Stützpunktverantwortlichen und AUNS-Aktivisten zu beklagen: Es sind dies Dr. Hans Morf, (geb. 1924), Stützpunktleiter im Kanton ZH; Walter Junker, Stützpunktleiter im Kanton TG (geb. 1937) und Willy Egger (geb. 1925), AUNS-Aktivist aus Berufung. Wir werden den drei Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



Michel Brun erhält von AUNS-Geschäftsführer Hans Fehr einen Anerkennungspreis: Der AUNS-Stützpunktleiter im Kanton Solothurn belegte Platz 1 in der Mitgliederwerbung 2007.

2.6 Broschüren, Berichte

- Broschüre «Die Europäische Union und die Schweiz» (Referate von Dr. Pirmin Schwander, Dr. Michael Reiterer und Roger Köppel anlässlich der 22. Mitgliederversammlung vom 28.4.2007 (deutsch, französisch)
- Überarbeitete Broschüre «Das Wesen der schweizerischen Neutralität» von Prof. Dr. Christoph Mörgeli (deutsch, französisch, italienisch)
- Broschüre «Schwarzbuch der schweizerischen Neutralität» (deutsch, franz., ital.)
- Faltprospekt «Zügelloser EU-Appetit auf die Schweiz» (dt., franz., ital.)

3 Schlusswort

Die AUNS steht am Ende des Berichtsjahres 2007 als weitaus stärkste überparteiliche Kraft zur Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit erneut vor grossen Herausforderungen, und zwar in den folgenden Bereichen:

- **Verhältnis zur Europäischen Union:**

- schleichendes Anpassertum an Brüssel
- Angriff auf unsere Steuerhoheit
- politische und institutionelle Einbindung, u.a. durch Rahmenabkommen (Assoziation), Übernahme von neuem EU-Recht.
- Enorme Risiken durch Schengen und die (Ost-)Personenfreizügigkeit; Tendenz Richtung Zollunion, was faktisch einem EU-Beitritt gleichkäme

- **Freiheitsrechte der Schweizerinnen und Schweizer:**

- Angriff auf die direkte Demokratie, Übernahme von fremdem Recht
- Schwächung der Milizarmee, NATO-Anpassung, Angriff auf unser freiheitliches Waffenrecht, Entwaffnung der Soldaten
- Wahl- und Stimmrecht für Ausländer
- Verschleuderung unseres Bürgerrechts

- **Neutralität:**

- neutralitätswidriger Aktivismus
- Gefährdung der inneren Sicherheit
- Einsatz der Armee im Ausland.

An all diesen «Fronten» hat die AUNS weiterhin anzutreten, als starke überparteiliche Volksbewegung für Freiheit und Unabhängigkeit.

Wir danken an dieser Stelle allen unseren Mitstreiterinnen und Mitstreitern, die aus Überzeugung und mit grossem Engagement für unser Land und unsere Freiheit kämpfen.

